

F 4

(Bezirksvorstand)

Entwicklungszusammenarbeit neu denken: Fluchtalternativen fördern und UN-Vorgabe von 0,7% des BIP für Entwicklung jetzt umsetzen!

Forderung

- A) Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd möge beschließen, diesen Antrag zur sofortigen Erhöhung der finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7% des BIP – um endlich UN-Vorgaben zu erfüllen – zu unterstützen und an die SPD auf Bundesebene heranzutragen.
- B) Außerdem sollten die Kapazitäten des BMZ derart erweitert werden, dass eine gezieltere und effektive Förderung von Alternativen zur Flucht möglich ist. Der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit des Bundes muss zumindest teilweise ein neuer Fokus verliehen werden: Menschen in ihren Heimatländern müssen Perspektiven eingeräumt werden, sodass eine lebensgefährliche Flucht nach Europa, welches Geflüchteten größtenteils leider ohnehin keine Chancen bietet, unnötig wird. Auch die Gründung einer nationalen Allianz aus Akteuren unterschiedlicher Sektoren sollte geprüft werden.
- C) Darüber hinaus muss konsequenter zwischen Fluchtursachen (Krieg, Bürgerkrieg, Staatszerfall und Verfolgung von Bevölkerungsminderheiten) und den Triebfedern für Migration (fehlende wirtschaftliche Perspektiven) unterschieden werden und situationskonforme Lösungen identifiziert werden.
- D) Die SPD tritt für eine restriktive Waffenexportpolitik, Förderung von Abrüstung sowie für die Unterstützung des Staatsaufbaus und des Nation-Building in Krisenregionen ein. Des Weiteren setzt sie sich für die Unterstützung multilateraler Instrumente der Friedenssicherung und humanitärer Hilfe durch Deutschland und die EU ein. Sie tritt insbesondere für die Stärkung der UNO und ihrer Unterorganisationen UNHCR, World Food Programm, UNICEF etc. ein.
- E) Die SPD soll darauf hinwirken, dass sich die Bundesregierung in der EU für die Abschaffung von handelsverzerrenden Subventionen für den Export von Agrarprodukten einsetzt. Diese Exporte (Hühnerfleisch, Tomaten, Milchprodukte, Gemüse e.c.t.) zerstören die heimischen Märkte in den Importländern. Stattdessen muss die kleinbäuerliche Agrarwirtschaft in diesen Ländern gestärkt werden, um diesen Ländern eine ausreichende Nahrungsmittelproduktion zu ermöglichen. Europäische Investoren müssen verpflichtet werden, sog. „landgrabbing“, also großflächigen Ankauf von Agrarland zum Anbau von Monokulturen zu unterlassen.
- F) Bisherige Handelsverträge mit Entwicklungsländern verhindern häufig den Aufbau eigener Produktionsstätten zur Verarbeitung einheimischer Produkte. Das trifft auf Agrarprodukte wie Kaffee und Kakao ebenso zu, wie auf sonstige Rohstoffe. Stattdessen muss wirtschaftliche Zusammenarbeit den Aufbau von neuen wirtschaftlichen Perspektiven in Entwicklungs- und Schwellenländern ermöglichen. Handelsverträge dürfen deshalb nicht die völlige Marktöffnung verlangen, sondern Schutzräume für eigenen Aufbau von Produktion und Agrarwirtschaft lassen.
- G) Entwicklungszusammenarbeit muss viel stärker als bisher auf Bildung und berufliche Ausbildung konzentriert werden. Der Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft und der Abbau der extrem hohen Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen und die Bewältigung der Risiken der Digitalisierung können nur so geschafft werden.
- H) Die Einhaltung und stringente Umsetzung des Pariser Klimaabkommens ist unerlässlich, um in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern Katastrophen zu verhindern und um Fluchtursachen zu vermeiden. Dies trifft weltweit zu. Schon heute sind Klimaveränderungen (Trockenheit, Überschwemmungen) Gründe, warum

Menschen ihre Heimat verlassen müssen, weil ihre Existenzgrundlagen zerstört werden.

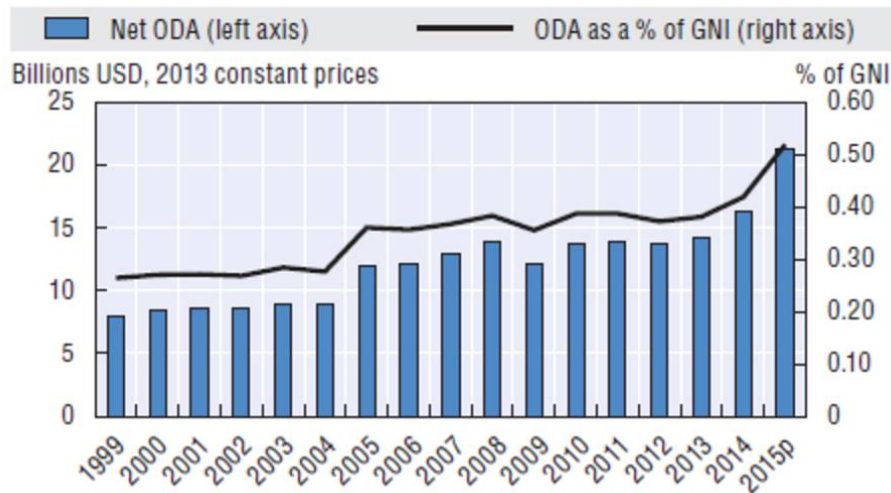
- I) Die „Agenda 2030 mit den 17 nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) ist seit Januar in Kraft und für alle Staaten der UNO verbindlich. Deutschland ist aufgefordert, diese Ziele sorgfältig umzusetzen, denn sie leisten einen Beitrag zur Bekämpfung der Armut, der sozialen Ungleichheit, zur besseren Bildung, zum Schutz des Klimas und zur Gleichstellung. Ihre Umsetzung national und in der internationalen Zusammenarbeit dient vor allem auch dem wirtschaftlichen Fortschritt. Diese Ziele müssen Leitbild in der Entwicklungszusammenarbeit sein.
- J) Zur Zeit werden mit vielen, vor allem afrikanischen Ländern, Migrationspartnerschaften verhandelt. Diese haben oft mehr den Zweck der Abhaltung von Migranten als der Bekämpfung von Fluchtursachen. Sie verschärfen oft die Konflikte, als sie zu lösen. Dies Abkommen dürfen sich nicht auf die Elemente Grenzsicherung und Polizeiaufbau reduzieren, sondern sie müssen zur Lösung von Konflikten und zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Länder beitragen. Die SPD wird sich in der Bundesregierung dafür einsetzen, dass diese Abkommen tatsächlich zu einer Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in diesen Ländern beitragen.

Begründung

Eine Obergrenze für Geflüchtete ist keine Lösung sondern CSU-Populismus. Menschen auf dem Mittelmeer ertrinken zu lassen oder in Asylbewerberheime zu stecken ist ebenfalls keine Lösung sondern Menschenverachtung. Daher sollten Deutschland und Europa nicht nur aus eigenen wirtschaftlichen Interessen heraus, sondern auch basierend auf einer historischen Verantwortung sowie aus Respekt vor der Würde des Menschen mehr dafür tun, dass eine Flucht für die Betroffenen unnötig wird.

- A) Deutschland hat sich dem Ziel der UN verpflichtet, 0,7% des BIP als ODA (Official Development Assistance – „Entwicklungshilfe“) bereitzustellen. Diese Schwelle wurde von Deutschland bisher nicht erreicht (siehe Graph) und soll nach bisherigen Plänen frühestens 2030 erreicht werden. Im vergangenen Jahr erreichte der Wert 0,52% - eine Steigerung um weitere 0,18% tut Herrn Schäuble nicht weh und kann in betroffenen Ländern bereits viel bewirken. Deutschland sollte damit ein Beispiel für andere Staaten sein, die bisher ebenfalls das 0,7%-Ziel verfehlen.
Geld in Form von Entwicklungszusammenarbeit ist nicht nur effizienter eingesetzt als Geld für die Grenzsicherung oder den Ausbau von menschen-unwürdigen Asylheimen in Deutschland. Es erspart Menschen auch die lebensgefährliche Flucht und rettet daher Menschenleben.

Net ODA: Trends in volume and as a share of GNI, 1999-2015, Germany



Quelle: OECD.

- B) Gezielte Entwicklungszusammenarbeit soll eine effektivere Förderung von Alternativen zur Flucht aus betroffenen Ländern ermöglichen. Bewusst ist nicht die Rede von „Fluchtursachen bekämpfen“, denn Fluchtursachen sind vielfältig und größtenteils nicht aus Deutschland heraus „bekämpfbar“. Vielmehr muss es unser Ziel sein, Flüchtenden und Geflüchteten in ihren Heimatstaaten Perspektiven zu eröffnen, die das Bleiben zur Alternative zur Flucht machen. Um dies zu ermöglichen, sollten die Kapazitäten des BMZ aufgestockt und eventuell sogar eine nationale Allianz zur Identifikation und gezielten Förderung von Fluchtalternativen gegründet werden. Eine Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, Forschungseinrichtungen und privaten Unternehmen wäre denkbar.